

# Krise, Arbeitsmarkt, Erholung: Was kommt auf uns zu?

Der starke konjunkturelle Einbruch der vergangenen Quartale hat bisher kaum oder nur verhältnismäßig geringe Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Zum Vergleich: nach Angaben der jüngsten Gemeinschaftsdiagnose ging die reale gesamtwirtschaftliche Produktion seit dem dritten Quartal 2008 um 5,6% zurück, das Arbeitsvolumen um 2,9% und die Erwerbstätigkeit (gemessen an der Anzahl der Erwerbstätigen) um gerade einmal 0,5%. Gleichzeitig betrug der Rückgang der Arbeitszeit je Erwerbstätigen rund 2,7%. Dahinter stehen vor allem flexible Arbeitszeitmodelle und das erfolgreiche Instrument der Kurzarbeit, ermöglicht durch die Maßnahmen der Bundesregierung im Konjunkturpaket I und II sowie im Rahmen des „Kurzarbeitergeld Plus“.

Ähnliche Maßnahmen wurden auch in anderen europäischen Ländern ergriffen und sind nach einem jüngsten Bericht der OECD zu diesem Thema bisher der Hauptgrund für die verhaltene Arbeitsmarktreaktion auf den Produktionseinbruch in Europa. Die Bundesregierung hat nun beschlossen, das Kurzarbeitergeld zu verlängern. Gleichzeitig werden Befürchtungen laut (siehe dazu den entsprechenden Artikel im Economist vom 9. November 2009), dass die eigentliche Anpassungslast auf dem Arbeitsmarkt erst noch bevorsteht, allzu großzügige Regelungen die konjunkturelle Erholung eher behindern und strukturell notwendige Anpassungen unnötig verzögert würden. Befürworter der jetzigen Regelungen verweisen auf die stabilisierende Wirkung, und zwar nicht nur bezogen auf das Einkommensniveau, sondern auch auf den Erhalt von Humankapital und Motivation der nicht von Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigten.

Was kommt also noch auf uns zu? Ich möchte auf drei Aspekte verweisen: einen kurzfristigen konjunkturellen Bezug, einen längerfristig strukturellen Bezug und einen europäischen Bezug, der über den Rahmen der deutschen Volkswirtschaft hinaus auf die Stabilität des Euroraumes weist.

Die Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung ist immer noch sehr groß, aber folgt man dem Gemeinschaftsgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, so ist mit einer zwar langsamen aber stetigen konjunkturellen Erholung der Produktion zu rechnen, die den Druck auf Entlassungen dämpfen dürfte. Sollte – wie in der Prognose unterstellt – der Trend zu einer kürzeren Arbeitszeit anhalten und kommen zudem die entlastenden Effekte der demografischen Entwicklung zum Tragen, so ist insgesamt nur mit einer wenig steigenden Arbeitslosigkeit im Jahr 2010 zu rechnen. Dies wird gestützt durch die Beobachtung, dass die Tarifabschlüsse für das zweite Halbjahr 2009 eine deutlich geringere Zunahme der tariflichen Stundenlöhne erwarten lassen. Wenn diese Prognose zutreffen würde, wäre die bisherige Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung unter dem konjunkturellen Aspekt ein voller Erfolg.

Unter dem längerfristigen strukturellen Aspekt stellen sich vor allem zwei Fragen: Haben die Strukturreformen der vergangenen Jahren – unabhängig von der aktuellen Kurzarbeiterregelung – die Fähigkeit des Arbeitsmarktes verbessert, auf Ereignisse wie Konjunktüreinbrüche oder Krisen zu reagieren? Kann die aktive Unterstützung der „Arbeitskräftehortung“ durch staatliche Maßnahmen wie die Ausweitung der Kurzarbeiterregelung dies konterkarieren und damit langfristig negative Auswirkungen haben? Auf beide Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Die erste Frage zielt darauf, ob und in welchem Ausmaß die Struktur-



**Ulrich Fritsche**

---

Veränderungen der vergangenen Jahre am Arbeitsmarkt dazu führen, dass ein konjunkturell bedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit sich weniger als früher verfestigt, die Langzeitarbeitslosigkeit in geringerem Umfang steigt und der Anteil der schwieriger vermittelbaren Arbeitslosen weniger als früher zunimmt. Dass die eingeleiteten Maßnahmen zu einer dauerhaften Absenkung der trendmäßigen Arbeitslosigkeit und einer insgesamt besseren Vermittlung geführt haben könnten, wurde schon in den vergangenen Jahren immer wieder vermutet und gelegentlich auch empirisch belegt. Besonders aussagekräftig sind diesbezügliche Untersuchungen allerdings (noch) nicht – zum einen nicht im internationalen Vergleich, da die bisherigen Studien mit verschiedenen Einflussvariablen insgesamt ernüchternde und zum Teil widersprechende Ergebnisse erbracht haben, und zum anderen in Bezug auf Untersuchungen zur deutschen Situation nicht, da unklar bleibt, inwieweit der beobachtete Rückgang der Arbeitslosigkeit vor allem in den Jahren 2006 und 2007 auf konjunkturelle oder strukturelle Faktoren zurückzuführen war. Hier wird sich erst im Zeitablauf erweisen, wie „krisenfest“ der Arbeitsmarkt inzwischen ist.

Aber auch die Frage nach den möglichen Effekten der Kurzarbeiterregelung auf die langfristige Arbeitslosigkeit ist nicht einfach zu beantworten. Einerseits hilft diese Regelung dabei, Qualifikationen und spezifische Kenntnisse der Mitarbeiter zu erhalten und die Motivation zu verbessern. Andererseits – so wird gelegentlich argumentiert – könnte eine Beschäftigungsstruktur verfestigt werden, die langfristig nicht am Markt bestehen kann. Notwendige Anpassungen würden unnötig und staatlich subventioniert verzögert. Angesichts der Tatsache allerdings, dass es sich bei der derzeitigen Krise für die deutsche Wirtschaft wohl vor allem um einen Nachfrageschock handelt, dürfte das letztgenannte Argument von nachgeordneter Bedeutung sein. Für andere Länder – zum Beispiel diejenigen, die einen massiven Hauspreisboom erlebt haben – dürfte das Argument hingegen sehr wohl zutreffen.

Nicht zuletzt hat die Fragestellung auch eine europäische Dimension. Der starke Produktionsrückgang bei weitgehend konstanter Beschäftigung und nur teilweise gesunkener Arbeitszeit führte in den letzten Quartalen zu einem deutlichen Anstieg der Lohnstückkosten. Auch in den kommenden Quartalen könnte der Anstieg der Lohnstückkosten noch anhalten. Dies lässt sofort Stimmen laut werden, die vor einer weiteren Erhöhung der Lohnstückkosten warnen: Die Forschungsinstitute der Gemeinschaftsdiagnose und auch der Sachverständigenrat haben in ihrem jüngsten Gutachten explizit davor gewarnt, vom Kurs der Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre abzuweichen. Aus europäischer Perspektive auf Deutschland ist die Beurteilung dieses Phänomens zum Teil eine gänzlich andere, wie ein Blick in den Economist vom 6. August dieses Jahres zeigt. Die Länder mit den größten Anpassungsproblemen im Euroraum sind zweifellos diejenigen, die in den vergangenen Jahren real deutlich aufgewertet haben. Eine im Durchschnitt niedrige Inflationsrate im Euroraum wurde bisher vor allem durch Deutschland mit einer deutlichen Lohnzurückhaltung garantiert, die aufwertenden Ländern akkumulierten zunehmende Leistungsbilanzdefizite. Ein Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb Europas und möglicherweise auch global würde durch ein weiteres Zurückbleiben der deutschen Lohnstückkosten hinter dem Trend des Euroraums eher erschwert als erleichtert.

*Ulrich Fritsche ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Hamburg, Fachbereiche Sozialökonomie und Volkswirtschaftslehre  
ulrich.fritsche@wiso.uni-hamburg.de*